

Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2013

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0030

**Abmietung alter Liegenschaften
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2012 -**

Vorbemerkung:

Seit 2010 sind am neuen zentralen Justiz- und Verwaltungsstandort Mainzer Straße / Konradinerallee mehrere Ämter der Stadtverwaltung untergebracht, die vorher über mehrere Standorte verteilt waren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wer auf Grund welcher Vorgaben die Anmietungen von Verwaltungsgebäuden vornimmt,
2. aus wessen Budget die Mietkosten zu erbringen sind,
3. wie sich die Mietkosten für diesen Bereich in den vergangenen vier Jahren entwickelt haben und worauf Änderungen zurückzuführen sind, soweit Informationen darüber kurzfristig verfügbar sind,
4. ob es sich um Mietverträge mit normaler Kündigungsfrist oder um Zeitmietverträge mit längerer Laufzeit gehandelt hat bzw. handelt,
5. zu welchem Zeitpunkt mit der Einführung einer Verrechnung nach dem Verursacherprinzip gemäß der Doppik zu rechnen ist,
6. welche Anschlussnutzung es für die durch den Umzug in das neue Verwaltungszentrum freigewordenen Liegenschaften gab bzw. gibt,
7. ob es nicht benötigte Büroflächen gibt, die noch nicht gekündigt wurden,
8. falls Ja, möge der Magistrat darlegen,
 - a. um welche Standorte handelt es sich,
 - b. wie hoch die Mietkosten der betroffenen Objekte sind,
 - c. aus welchen Gründen diese Standorte noch nicht abgemietet wurden.

Beschluss Nr. 0004

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2012 betr.

Abmietung alter Liegenschaften

hat durch die Vorlage des Berichts des Magistrats vom 08.01.2013 seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2013

Rottloff
stellvertretender Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .01.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .01.2013

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister